

ETD durch die Zentralregierung stellen. Voraussetzung sei jedoch, daß diese ETD auch in der Lage sei, attraktiv für Auslandskapital zu sein.

Hu Ping zufolge sei die Einrichtung von ETDs auf Provinzebene oder unterhalb der Provinzebenen in den letzten zwei Jahren stärker kontrolliert worden. Von einer Höchstzahl von 2.700 Sonderzonen seien nach Überprüfung lediglich 586 Zonen beibehalten worden, um die Verschwendung von Kapital und Boden zur Gründung von Sonderzonen zu stoppen. Die verbesserte Überwachung von Landnutzungsrechten, die Kreditverknappung und die neue Steueraufteilung zwischen Zentrale und Lokalregierungen hätten dazu beigetragen, die Fähigkeiten der Lokalregierungen zur Gründung von ETDs einzuschränken. Abschreckend hätten auch die neuen Steuerbestimmungen und die Rücknahme von Steuererleichterungen für die ETDs gewirkt, die ursprünglich für den Ausbau der Zonen genehmigt worden waren.

Ende 1995 werden die Steuerrückerstattungen für ETDs auslaufen, die zuerst gegründet worden waren, und inländische Handelsunternehmen werden auf die günstigeren Importzölle in diesen Zonen verzichten müssen. Für Auslandsunternehmen dagegen bleiben die Steuererleichterungen erhalten. Hierzu zählen eine zweijährige Befreiung von Steuerzahlungen und eine Periode von drei Jahren mit reduzierten Steuersätzen. Gegenüber den inländischen Unternehmen, die eine Steuerbelastung von 33% haben, müßten die Auslandsunternehmen in den offenen Küstenstädten 26,4% zahlen. In den fünf Wirtschaftssonderzonen betrage der Steuersatz für die Unternehmen mit Auslandskapital 15%, und wenn Auslandsunternehmen in den bestehenden ETDs Produktionsunternehmen gründen würden, träfe für sie ebenfalls ein Steuersatz von 15% zu. (*China Daily, Business Weekly*, 8.-14.1.95, S.8) -schü-

Binnenwirtschaft

tiveigenen und Unternehmen mit Auslandskapital, mit 84,8% den Hauptanteil bei. Während der Outputwert der staatseigenen Unternehmen um 5,5% im Jahre 1994 zunahm, realisierten die kollektiveigenen Unternehmen eine Wachstumsrate von 21,4% und die Unternehmen mit Auslandskapital von 27,9%. Die industrielle Wertschöpfung erreichte 1994 landesweit mit 17,5% die dritthöchste Wachstumsrate in der Reformperiode. (SCMP, 13.1.95)

Die Situation der staatseigenen Industrie war auch 1994 durch einen hohen Anteil von Verlustunternehmen, einer erneuten Erhöhung der unverkäuflichen Lagerbestände und einer damit verbundenen Zunahme der Verschuldungsketten zwischen den staatseigenen Unternehmen gekennzeichnet. Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission (State Economic and Trade Commission = SETC) zufolge soll sich allerdings die Zahl der Verlustbetriebe um 3.238 im Zeitraum März bis November 1994 reduziert haben, so daß damit der prozentuale Anteil solcher Unternehmen von 49,6% auf 41,4% zurückging. (CD, 12.1.95)

Das Statistikamt gibt dagegen an, daß sich der prozentuale Anteil der staatseigenen Verlustunternehmen bis Dezember sogar auf 34,3% reduziert haben soll. Diese Angabe scheint jedoch im Widerspruch zu den SETC-Daten zu stehen, die bis November von einer Anzahl von 41,4% Verlustunternehmen ausgehen. Die Gesamtverluste werden für 1994 vom Statistikamt mit 33,6 Mrd. Yuan angegeben, ein Anstieg um 7,8% gegenüber 1993. (SCMP, 26.1.95; XNA, 26.1.94)

Den Rückgang der Anzahl der Verlustunternehmen führt die SETC vor allem auf die Verbesserung in den Unternehmen im Eigentum lokaler Regierungseinheiten (Reduzierung um 8,4% auf 40,7%) gegenüber den Unternehmen der Zentralregierung zurück. (CD, 12.1.95) Allerdings hätten auch die letztgenannten die Anzahl ihrer Verlustbetriebe um 5,9% auf 59,8% bis November 1994 verringern können (SCMP, 13.1.95)

Die hohen Lagerbestände beliefen sich nach SETC-Angaben bis Ende Oktober 1994 auf rd. 500 Mrd. Yuan (58,8 Mrd. US\$). Der prozentuale Anteil der verkauften Produkte zwischen Januar bis Oktober 1994 soll lediglich 94,14% betragen haben, während ein Anteil von 97-98% als normal betrachtet wird. Für

1995 hat die SETC das Ziel für die staatseigenen Unternehmen gesetzt, eine über 95% liegende Quote zu erreichen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren führten Probleme beim Verkauf von Produkten der staatseigenen Unternehmen dazu, daß ausstehende Zahlungen an Rohstofflieferanten nicht realisiert werden konnten, so daß bei diesen Unternehmen wiederum das Umlaufkapital knapp wurde und sie ihre eigenen Schuldner nicht bezahlen konnten. Hierdurch bildeten sich erneut Verschuldungsketten zwischen den Unternehmen. Das Staatliche Statistikamt meldete, daß bis September 1994 die Außenstände der Unternehmen eine Höhe von 611 Mrd. Yuan (72 Mrd. US\$) erreicht hatten. Ebenfalls bis September hatten die Unternehmen kurzfristige Kredite in Höhe von 90,5 Mrd. Yuan (10,6 Mrd. US\$) und damit 28 Mrd. Yuan mehr als in der Vorjahresperiode erhalten.

Ein großer Teil dieser Kredite wurde nach Einschätzung der *China Daily* zur Produktion von unverkäuflichen Gütern genutzt. (CD, 5.1.95) Obwohl sich die Unternehmen inzwischen an der Marktnachfrage orientierten müßten, wären eine Reihe von Unternehmen hierzu nicht bereit bzw. andere nicht in der Lage, die Marktinformationen sinnvoll für sich zu nutzen. Die SETC habe bereits im März mit Maßnahmen gegen die Zunahme der Lagerbestände der staatseigenen Unternehmen begonnen. So waren die Lokalregierungen aufgefordert worden, Informationen von den Unternehmen über solche Produkte anzufordern, die schwer verkäuflich waren, und die Banken verknappten die Kredite für bestimmte Unternehmen.

Solange die staatseigenen Unternehmen nicht reif dazu seien, ihre Produktion selbständig den Marktveränderungen anzupassen, so die *China Daily*, müßte die Regierung Leitlinien vorgeben. Einige Provinzen wie beispielsweise Liaoning und Jiangxi wären bereits erfolgreich bei der Beschränkung von unverkäuflichen Produkten, indem sie vierteljährlich entsprechende Listen angefordert hatten. Die Unternehmen hätten die Produktion unverkäuflicher Produkte einstellen müssen, da die Banken ihnen keine Kredite mehr zur Verfügung gestellt und die Rohstoff- und Energieunternehmen ihre Lieferungen eingestellt hätten. (CD, 5.1.95) -schü-

*(26)

**Staatsunternehmen 1994:
Weiter in der Krise**

Zum Wachstum des Gesamtoutputs der Industrie trugen die nicht-staatlichen Unternehmen, also die privaten, kollekt-

*(27)

"Privatisierung oder Stagflation"

Die Rückkehr der Verschuldungsketten zeigt nach einer Einschätzung im *Asian Wall Street Journal* vom 4.1.95, daß das Verhalten der staatseigenen Unternehmen nach wie vor durch die Bedingungen "weicher Budgetbeschränkungen" geprägt ist und sich die Regierung deshalb nicht auf die Wirkung monetärer Steuerungsmechanismen verlassen kann. Da das wirtschaftliche Fehlverhalten der Unternehmen (sleiter) nicht durch den Konkurs sanktioniert werde, bestehe die Tendenz zur Verschwendung von Investitionen, die nicht durch eine Variation der Zinssätze bzw. einer Verteuerung der Kapitalkosten beeinflusst werden könne, so daß die Regierung letztendlich auf administrative Maßnahmen angewiesen wäre, um die Banken an der weiteren Kreditvergabe zu hindern.

Aber auch diese Maßnahmen wirkten nur kurzfristig, da die staatseigenen Unternehmen die Verschuldungsketten zur Finanzierung ihrer Aktivitäten unabhängig von Bankkrediten nutzen würden. Vor diesem Hintergrund habe die Kreditverknappung durch die Banken mit dem Ziel der Inflationsbeschränkung nur geringe Auswirkungen gezeigt.

Das bemerkenswerte Wachstumstempo in der Reformperiode, so das *Asian Wall Street Journal*, sei durch den massiven Markteintritt von privaten inländischen und ausländischen Unternehmen ermöglicht worden. Diese Unternehmen garantierten, daß auf dem chinesischen Konsumgütermarkt ein starker Wettbewerb herrsche. Auf dem Investitionsgütermarkt sehe die Situation völlig anders aus, weil hier durch staatseigene Unternehmen monopolistische und oligopolistische Marktstrukturen vorherrschen. So hätten diese Unternehmen auch bei sinkender Nachfrage im Rahmen des Konjunkturdämpfungsprogramms die Preise für Rohstoffe und Industriegüter erhöhen können. Zu befürchten sei, daß diese Krise in der chinesischen Wirtschaft - ein stagnierender Output bei steigenden Preisen - auch auf den nicht-staatlichen Sektor überspringen und die bisherigen Erfolge des privaten Sektors beeinträchtigen könne.

Nur durch die Privatisierung könnten harte Budgetbeschränkungen und könnte eine tatsächliche Verhaltensveränderung bei den Unternehmen erwartet

werden. So hätten die bisherigen Versuche nach Einschätzung des *Asian Wall Street Journal* gezeigt, daß auch dann keine wesentliche Veränderung eingetreten sei, wenn bei der Bildung von Aktiengesellschaften dem Staat (lokale oder zentrale Regierungseinheiten) die Kapitalmehrheit und damit die letzte Entscheidung über die Unternehmenspolitik zufallen würde. So hätten beispielsweise auch die Staatsunternehmen, die im Ausland an Aktienbörsen notierten, hohe Verschuldungsketten aufzuweisen, und einige hätten sogar aufgrund von unzureichendem Umlaufkapital Probleme bei der Entlohnung ihrer Beschäftigten.

Während die Reformen außerhalb des Staatssektors weitgehend vollzogen seien, müßte nunmehr die Reform der staatseigenen Unternehmen durchgesetzt werden, da sie der kritische Faktor für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg seien. Die Rahmenbedingungen hierfür beständen aufgrund der neuen Wirtschaftsgesetze auch inzwischen, und der Übergang würde durch den größeren Beitrag des nicht-staatlichen Sektors zur Industrieproduktion erleichtert.

Auch nach Einschätzung der Weltbank befindet sich der Reformprozeß nunmehr in einer kritischen Phase. In einem Interview mit dem *Handelsblatt* wies der Leiter der Weltbankabteilung in China, der Niederländer Pieter P. Botelier, darauf hin, daß diese zweite Reformphase deshalb schwieriger sei, weil hierbei einige Gruppen, nämlich die Staatsbetriebe und ihre Belegschaften, zu Verlierern würden. Die Konzentration der Staatsbetriebe in einigen Provinzen wie Heilongjiang, Liaoning, Hebei, Shandong und Sichuan sowie in den Städten Shanghai und Wuhan sei aufgrund der damit verbundenen Beschäftigungsprobleme besonders schwierig. (HB, 20./21.1.95) -schü-

*(28)

Zentralbank erhöht Diskontsatz

Die Zentralbank hebt zum 1. Januar 1995 den Diskontsatz um durchschnittlich 0,24 % an. Der Diskontsatz gilt als Leitzinssatz für Kredite, die die Staatsbanken an Unternehmen vergeben, und wird wegen seiner Signalfunktion normalerweise relativ selten variiert. Nach Einschätzung ausländischer Experten will die Zentralbank damit signalisieren, daß sie stärker mit monetären Instrumenten die Entwicklung des Geldangebots kontrollieren will. Von einem

direkten Einfluß auf die Kreditnachfrage wird nicht ausgegangen, da die Zinsstruktur nicht mit der hohen Kreditnachfrage übereinstimmt. Ein Einfluß auf die Inflationsentwicklung wird dementsprechend kaum spürbar sein. Ebenfalls zum 1. Januar 1995 werden zinsgünstige Kredite, die bisher an 13 verschiedene Industriebranchen vergeben wurden, eingestellt. (SCMP, 18.1.95)

Keine Veränderung wird hinsichtlich der Höhe der Sparzinsen erwartet. Im letzten Monat hatte die Zentralbank bereits beschlossen, langfristige Einlagen mit 9,84 % zu subventionieren. Damit stiegen die Einlagezinsen für Sparguthaben mit einer Laufzeit von drei, fünf und acht Jahren auf 22,08 %, 24,78 % und 27,48 %. (SCMP, 5.1.95)

Trotz der hohen Inflation waren die Sparguthaben im Jahre 1994 um 43 % gestiegen. Die Einlagen der städtischen und ländlichen Bevölkerung erhöhten sich um rd. 600 Mrd. Yuan gegenüber 1993. Neben der Anpassung der Einlagezinsen an die Inflationsrate wird die hohe Sparquote damit begründet, daß alternative Investitionsmöglichkeiten beschränkt und unsicher seien. (SCMP, 5.1.95) -schü-

*(29)

Ziele der Steuerreform erfüllt?

Obwohl das Steuervolumen nach ersten Meldungen im Jahre 1994 deutlich angestiegen ist, scheinen die Ziele der im Januar letzten Jahres eingeleiteten Steuerreform nur in beschränktem Umfang erreicht zu sein.

Wie die *China Daily* am 11.1.95 berichtet, sollen die Steuereinnahmen 1994 landesweit um 25,5 % gegenüber 1993 gestiegen sein. Unklar bleibt allerdings, auf welche Basis sich diese Erhöhung bezieht. Werden die Steuereinnahmen der Regierung aus dem Jahre 1993 mit einem Volumen von insgesamt 425,53 Mrd. Yuan und einem Anteil der Industrie- und Handelssteuer (*gongshangshui*) von 331,95 Mrd. Yuan herangezogen (*Statistical Yearbook of China 1994*, S. 216), dann würde eine 25,5%ige Steigerung ein Steuervolumen von rd. 532 Mrd. Yuan bzw. von 415 Mrd. Yuan darstellen.

Die *China Daily* meldet in ihrem Bericht aus Xinhua-Quellen jedoch, daß die Einnahmen aus Industrie- und Handelssteuern 1994 ein Volumen von

451,3 Mrd. Yuan erreicht hätten, 53,6 Mrd. Yuan mehr als ursprünglich geplant gewesen sei. Als Einnahmen aus Mehrwert- und Verbrauchssteuern wird ein Volumen von 280,1 Mrd. Yuan angegeben; dies sei eine Steigerung um 4,7 Mrd. Yuan gegenüber dem Planansatz. (*China Daily*, 11.1.95) Die *South China Morning Post* addiert beide Angaben und meldet sogar ein Steuervolumen von 731,4 Mrd. Yuan. (SCMP, 12.1.95)

Während über die tatsächliche Höhe der Steuereinnahmen landesweit also noch Unklarheit herrscht und auch keine Berichte über die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentralregierung und Lokalregierung vorliegen, melden einige Provinzen eine bemerkenswerte Steigerung ihrer Einnahmen und Ablieferungen an die Zentralregierung.

Die Provinz *Anhui* meldet eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 32% und ein Steuervolumen von 10,898 Mrd. Yuan. Nach Angaben des Leiters der Steuerbehörde sei die Provinz in der Lage gewesen, mehr als die festgelegte Steuerquote an die Zentralregierung abzuliefern. Die Steuerablieferungen an die Zentralregierung hätten 5,408 Mrd. Yuan betragen, 17% mehr als im Planansatz vorgesehen, während die lokalen Steuereinnahmen 5,468 Mrd. Yuan ausgemacht hätten. Diese Entwicklung führt die Steuerbehörde auf die strikte Einhaltung der Steueraufteilung zwischen Zentrale und Provinzregierung zurück. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 22.1.95, nach SWB, 24.10.95)

Die Provinz *Guangdong* berichtet von Steuereinnahmen in Höhe von 52,2 Mrd. Yuan im Jahre 1994, ein Anstieg um 44% gegenüber 1993. Davon wurden 27,9 Mrd. Yuan an die Zentralregierung abgeführt, eine Erhöhung um 45,7% im Vergleich zum Jahr 1993. Demgegenüber verblieben in der Provinz 24,2 Mrd. Yuan; im Vergleich zu 1993 waren dies 41% mehr Steuereinnahmen.

Die Provinz *Guangdong* führt diese Erfolge darauf zurück, daß sie 1994 mehr als 2.000 Seminare zur Steuerreform und Verbesserung der Steuermoral abgehalten und drastisch gegen Steuerbetrug vorgegangen sei. (Xinhua News Agency, Beijing, 6.1.95, nach SWB, 18.1.95)

Die regierungsunmittelbare Stadt *Shanghai* wies 1994 eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 40,6% und ein

Steuervolumen von 37,25 Mrd. Yuan auf. Davon entfielen 21,89 Mrd. Yuan auf Mehrwert- und Verbrauchssteuern, ein Anstieg um 19%. Damit sei das von der Zentralregierung vorgegebene Ziel der Erhöhung der Einnahmen dieser Steuerarten erfüllt worden. Während an die Zentralregierung ein Steueranteil von 19,72 Mrd. Yuan abgeliefert wurde, verblieben in Shanghai die restlichen 17,53 Mrd. Yuan. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese 1.1.95, nach SWB, 18.1.95)

Zusammengefaßt wiesen diese drei Lokalregierungen folgende Ablieferungsquoten an die Zentralregierung auf:

Anhui: 49,6% (5,408 Mrd. Yuan)
Guangdong: 53,4% (27,9 Mrd. Yuan)
Shanghai: 52,9% (19,72 Mrd. Yuan)

Von anderen Lokalregierungen liegen lediglich Daten über die Erhöhung ihrer Steuereinnahmen, jedoch nicht über die Aufteilung der Einnahmen zwischen Zentrale und Provinzregierung vor.

Aus der Provinz *Liaoning* wird eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 16,7% gemeldet und ein Steueraufkommen von 27,8 Mrd. Yuan. Die Industrie- und Handelssteuern resultierten zu 17,2 Mrd. Yuan aus Einnahmen der Mehrwert- und Verbrauchssteuern, die um 1,45 Mrd. Yuan gegenüber 1993 gestiegen sind. (XNA, 5.1.95)

Die Provinz *Jiangsu* gibt an, daß die Industrie- und Handelssteuern ein Volumen von rd. 30 Mrd. Yuan erreicht hätten; ein Anstieg um 26% gegenüber 1993. Die Zunahme der Mehrwert- und Verbrauchssteuern wird mit durchschnittlich 40% in den letzten zwei Jahren (!) angegeben. (Jiangsu People's Broadcasting Station, Nanjing, 3.1.95, nach SWB, 18.1.95) Die Autonome Region *Tibet* berichtet von einem Steueraufkommen von 259 Mio. Yuan, das gegenüber 1993 um 18% zugenommen habe. (Tibet People's Broadcasting Station, Lhasa, in Standard Chinese, 10.1.95, nach SWB, 14.1.95)

Hinsichtlich der Gesamtaufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentrale und Lokalregierung nannte der Finanzminister Liu Zhongli Ende Dezember in einem Interview eine Reihe von Maßnahmen, die zur "reibunglosen" Umsetzung der neuen Steueraufteilung beigetragen hätten. Liu erwähnte dabei auch eine Senkung der Ablieferungsquote im April 1994, um den lokalen Regierungen einen höheren Steueranteil

zu ermöglichen. Außerdem sei im August das Thema der Steueraufteilung mit den Lokalregierungen erneut diskutiert worden. (China Central Television, Beijing, in Standard Chinese, 24.12.94, nach SWB, 7.1.95) Von entscheidender Bedeutung für die Erhöhung der zentralen Steuereinnahmen wirkte jedoch die Gründung der Kontrollorganisationen der Zentrale. So wurden im letzten Jahr neue Abteilungen der zentralen Steuerbehörde in den einzelnen Provinzen aufgebaut, um die Steuerablieferungen und das Steuergebare der Provinzen besser überwachen zu können. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 14.12.94, nach SWB, 30.12.94) Näher hierzu die Übersicht "Finanzministerium verstärkt Überwachung der Steuerabführung aus den Provinzen", in *China aktuell*, Dezember 1994, S. 1188.

Angaben der Nationalen Steuerbehörde zufolge sei das Ziel der Erhöhung der Steuereinnahmen aus Mehrwert- und Verbrauchssteuern vor allem in den Provinzen *Guangdong*, *Shanghai* und *Heilongjiang* erfüllt worden, doch auch andere Provinzen und Städte hätten diese Steuereinnahmen über den Planansatz hinaus vergrößern können. Gleichzeitig seien mehr Einnahmen an die Zentrale geflossen. (XNA, 11.1.95) Ohne abschließende Statistiken zur Steuerentwicklung können diese vorläufigen Angaben jedoch nicht ohne weiteres übernommen werden. Neben den Problemen bei der Steueraufteilung scheint die Einführung der neuen Steuerarten mit Schwierigkeiten verbunden zu sein. -schü-

*(30)

Probleme bei der Erhebung der Einkommenssteuer

Die Umgehung und Hinterziehung der privaten Einkommenssteuer ist nach Angaben von Li Yonggui von der Nationalen Steuerbehörde weit verbreitet. Nach Einführung des neuen Einkommenssteuergesetzes sei zwar eine Zunahme des Steueraufkommens zu verzeichnen, jedoch blieben noch viele Probleme ungelöst. Hierzu zählt Li insbesondere fünf Aspekte:

- Eine große Anzahl der Steuerbeamten habe lediglich sehr verschwommene Vorstellungen von der Verpflichtung zur Zahlung von Einkommenssteuern, die beabsichtigt oder unbeabsichtigt eine Steuerumgehung fördern würden.

CHINA aktuell

- Es wurden noch keine Voraussetzungen geschaffen, damit Einzelpersonen zur Abgabe von Steuererklärungen und zur direkten Zahlung von Einkommenssteuern an die zuständigen Steuerämter gebracht werden könnten. Außerdem seien die Sanktionen im Falle einer Steuerhinterziehung nicht schwerwiegend genug.
- Die Einschätzung der privaten Einkommen sei für die Behörden schwierig, da die Einkommensquellen oftmals diffus seien und verdeckt würden. Dementsprechend könnten einige Steueransprüche überhaupt nicht erfaßt werden.
- Die Steuerbehörden verfügten nicht über ausreichendes Personal und Kapital, um die breite Durchsetzung des Einkommenssteuergesetzes zu garantieren.
- Eine Reihe von Einheiten (Unternehmen, Verwaltungen) seien nur unzureichend bereit, mit den Steuerbehörden zusammenzuarbeiten, sondern würden sogar bei der Steuerhinterziehung auf Seiten der Einkommenssteuerpflichtigen stehen.

Insgesamt betrug der Anstieg der Einnahmen aus Einkommenssteuern zwar 78,4% in den ersten elf Monaten des Jahres 1994, doch ergab dies lediglich ein Steueraufkommen von 6,36 Mrd. Yuan (1993 insgesamt: 4,68 Mrd. Yuan). (CD, 3.1.95)

Nach Einschätzung ausländischer Experten würden sich rd. 80% der inländischen Beschäftigten und ausländischen Angestellten der Einkommenssteuerzahlung entziehen. (SCMP, 13.1.95) Eine Untersuchung der Steuermoral von 33.190 Ausländern in 16 Provinzen einschließlich Beijing und Tianjian kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß 9.695 bzw. rd. ein Drittel der Ausländer im Zeitraum Juli bis September 1994 keine Steuern gezahlt bzw. Steuern in Höhe von 18,05 Mio. Yuan hinterzogen hatte. Nach Angaben der Steuerbehörde hatten diese Ausländer falsche Angaben zur Einkommenshöhe und Aufenthaltsdauer in China gemacht. (XNA, 22.12.94) -schü-

Taiwan

*(31)
"Außer Spesen nichts gewesen": Neue halbamtliche Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße auf hoher Ebene wieder ergebnislos

Vom 22. bis 27. Januar trafen der Stellvertretende Vorstandspräsident und Generalsekretär der SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan, Jiao Renhe (Chiao Jen-ho), und der Stellvertretende Vorsitzende der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Straits) von Beijing, Tang Shubei, in Beijing zusammen, um sich über die Verbesserung der "chinesisch-chinesischen" Beziehungen zu besprechen. Bisher gibt es immer noch keine offiziellen Kontakte zwischen Beijing und Taipei. Um die Angelegenheiten und Probleme hinsichtlich des seit Ende der 80er Jahre stetig steigenden Personen- und Güterverkehrs zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu behandeln, wurden 1991 die SEF und nachfolgend die ARATS gegründet. Formell sind sie inoffizielle Organisationen, haben aber den Auftrag ihrer jeweiligen Regierung, miteinander zu verhandeln. Aufgrund der politischen Differenzen kamen die Verhandlungen aber nur im Schnecken-tempo voran.

Bei der Formulierung von Vereinbarungen hatten die Unterhändler bisher immer große Schwierigkeiten, obwohl die chinesische Sprache ihre gemeinsame Muttersprache ist. Die Regierung Beijing, die Taiwan als eine Provinz Chinas ansieht, will keine Formulierung akzeptieren, die die Einheit des chinesischen Reichs in Frage stellen könnte. Hingegen lehnt Taiwan alle Formulierungen ab, die seinen politischen Status Beijing gegenüber degradieren würden. Wie berichtet (C.a., 1993/4, Ü 37), ist es beiden Seiten nach zahlreichen Verhandlungsrunden beim ersten Gipfeltreffen des SEF-Vorstandspräsidenten Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) und des ARATS-Vorsitzenden Wang Daohan Ende April 1993 in Singapur gelungen, vier Dokumente zu unterzeichnen: nämlich die Vereinbarungen über die Regelung von Kontakten beider Organisationen, über die beiderseitige Überprüfung notariell beglaubigter Urkunden, über die Nachforschung nach Posteinschreibesendungen und Kompensationen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und über weitere Verhandlungsthemen wie Repatriierung illegaler Einwanderer, gemeinsame Bekämpfung des Schmuggels auf See und anderer Verbrechen, Regelung zur Beilegung von Fischereistreitigkeiten, Zusammenarbeit von Justizorganen sowie Austausch und Zusammenarbeit in Wirtschaft, Energie, Kultur, Wissenschaft und Technik.

Es hat wieder über ein Jahr gedauert, bis Anfang August 1994 in Taipei die vorbereitenden Entwürfe der Regelungen über die Repatriierung illegaler Einwanderer, die Auslieferung von Flugzeugentführern und die Beilegung von Fischereistreitigkeiten zwischen Jiao und Tang vereinbart wurden. (Dazu siehe C.a. August 1994, Ü 37.) Vor ihrem jüngsten Treffen in Beijing waren beide Seiten sehr optimistisch in bezug auf die Paraphierung der Vereinbarungen. Doch gleich nach dem Beginn der Verhandlungen tauchten die Sprachbarrieren wieder auf. Neben der Differenz zwischen den von Beijing benutzten kurzen und den in Taiwan verwendeten langen chinesischen Schriftzeichen benutzen beide Seite manchmal auch eine unterschiedliche Terminologie für gleiche Fachbegriffe. Man einigte sich darauf, für jede Vereinbarung zwei authentische Versionen abzufassen.

Nachdem die Regelungen über die Repatriierung von Flugzeugentführern und über illegale Einwanderer bereits reif zur Unterzeichnung waren, konnten

Um die bessere Durchsetzung des Einkommenssteuergesetzes zu ermöglichen, sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Die Inhalte des Gesetzes sollen stärker in der Öffentlichkeit dargestellt, die Sanktionen bei Steuerhinterziehung verschärft und ein System der zwangsweisen Steuererklärung und -zahlung eingeführt werden.
- Die Personalbüros sollen die individuellen Einkommen sowie Barzahlungen stärker überwachen.

Als notwendige technische Voraussetzung sieht Li Yonggui die Ausstattung der Steuerbehörden mit Computern an und die Einrichtung von Bankkonten durch Beschäftigte und Unternehmen. Außerdem sollen die Steuerbehörden ein besonders Augenmerk auf Personengruppen mit außergewöhnlich hohen Einkommen haben, deren Steuerzahlungen streng überwachen und bei Zuwiderhandlungen diese Personen öffentlich kritisieren. Weiterhin fordert Li, daß die Behörden eine bessere Ausstattung mit Personal und Kapital erhalten und daß spezielle Steuergerichte für Steuerstreitigkeiten eingerichtet werden.